

**Bitte beachten Sie, dass der ursprüngliche Beschlussvorschlag in den Vorlagen im Beratungsgang nicht verändert wird. Abweichende Beschlüsse der befassenen Gremien können Sie den Anlagen, Niederschriften oder den Beschlussauszügen im Gremienportal entnehmen.**



STADT  
NIDDERAU

<b>Antrag</b>	
<b>- öffentlich -</b>	
<b>AT-9/2023</b>	
Antragssteller:	FREIE WÄHLER Nidderau
Fachdienst:	60 FBL Stadtentwicklung und Bauwesen
Sachbearbeiter/in:	Bernd Dassinger
Datum	13.03.2023

Beratungsfolge	Termin	Beratungsaktion
Stadtverordnetenversammlung	23.03.2023	beschließend

**Betreff:**

**Antrag der Freien Wähler Nidderau betreffend Bebauungsplan „Friedberger Straße“ sowie Standort Büdesheimer Straße**

**Antrag:**

Der Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 09.02.2023 (Drucksachenummer 250/2022 1. Ergänzung) wird folgendermaßen ergänzt:

Die Verwaltung wird beauftragt mit dem Investor in Kontakt zu treten und zu evaluieren, ob der aufzustellende Bebauungsplan für die Erweiterung des Gewerbegebietes „Friedberger Straße“ dahingehend entwickelt werden könnte, dass dort ein (urbanes) Mischgebiet entsteht.

Ziel dieses Bebauungsplanes sollte sein, über den dort anzusiedelnden Gewerbebetrieben Wohnbebauung, im günstigsten Fall auch bezahlbarer und/öffentlich geförderter Wohnraum, zu schaffen.

Für den geplanten Standort Büdesheimer Straße (Aldi und Vollsortimenter) soll analog verfahren werden.

**Finanzielle Auswirkungen:**

keine

**Begründung:**

Vor dem Hintergrund des bereits gefassten Beschlusses zur Erweiterung des Gewerbegebietes Friedberger Straße, bietet es sich an zu prüfen, ob die Erweiterung des Gewerbegebietes als Mischgebiet dargestellt werden kann. So könnte in möglichen oberen Stockwerken zusätzlich auch dringend benötigter Wohnraum geschaffen werden. Im Idealfall könnte bezüglich der Nutzung eine Drittellösung (analog Mühlberg) aufgegriffen werden. Die Schaffung von zusätzlichem Wohnraum würde eine Optimierung der Nutzung der neu zu versiegelnden Flächen darstellen.

Die Bundesregierung hat sich zum Ziel gesetzt, jährlich 400.000 Wohnungen zu bauen. Dieses Ziel wurde im letzten Jahr nicht erreicht und kann nur erreicht werden, wenn auf kommunaler Ebene die Bebauungspläne entsprechend angepasst werden.

Insbesondere die großen Einzelhandelsketten werben mit ihrer sozialen Verantwortung und haben das bereits in anderen Städten umgesetzt. Daher halten wir es für sinnvoll, dieses Thema mit den Investoren aufzugreifen und den Bebauungsplan entsprechend aufzustellen. Beispielhaft sind folgende Links angehängt:

[https://unternehmen.lidl.de/pressreleases/2020/200212\\_bautec\\_serielle-modulbauweise](https://unternehmen.lidl.de/pressreleases/2020/200212_bautec_serielle-modulbauweise)

<https://www.sueddeutsche.de/kolumne/wohnungen-ueber-supermarkt-nachverdichtung-wohnraummangel-1.5525438>

<https://www.aldi-sued.de/de/immobilien/aktuelles/Neue-Wohnungen-in-Nuernberg.html>

gez. Anette Abel, Fraktionsvorsitzende

Antragsteller/in

gez. Dirk Kapfenberger, stv.

Fraktionsvorsitzender

Antragsteller/in